

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt**

**23-21163**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Kinderfreundliche Kommune**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.04.2023

Beratungsfolge:

Jugendhilfeausschuss (zur Beantwortung)

26.04.2023

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Im Sachstandsbericht 2022 zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Braunschweig 2030 findet sich auch ein Maßnahmenblatt zum 1. Zertifizierungsverfahren als kinderfreundliche Kommune (S. 180). Dort steht, dass für 2023 / 2024 eine Vollzeitstelle zur Koordinierung des Projektes beantragt und zum wiederholten Male nicht bewilligt wurde.

Auf der Homepage der Initiative Kinderfreundliche Kommune ist nachzulesen, dass ein politischer Beschluss benötigt wird, damit die Verwaltung mit dem Verfahren anfangen und finanzielle Mittel sowie Stellen dafür einstellen kann. Zitat: "**Beschlussfassung** – Damit unser Programm in der Kommune starten kann, muss der Stadt- oder Gemeinderat einen Beschluss fassen. Anschließend unterzeichnet die Kommune mit uns eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit, die, je nach Größe der Kommune, vier, viereinhalb oder fünf Jahre dauert."

Quelle: <https://www.kinderfreundliche-kommunen.de/startseite/programm/so-funktioniert/>

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Planungen verfolgt die Verwaltung mit Blick auf das Thema "Kinderfreundliche Kommune"?
2. Welche konkreten Schritte sind im weiteren Verfahren vorgesehen?
3. Besteht ein Zusammenhang mit der im Rat am 21. März 2023 mit großer Mehrheit beschlossenen Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes?

**Anlagen:**

keine